



Kai Gehring

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher für Jugend- und Hochschulpolitik

18. Juni 2009

Rede zu Karrierewegen in der Wissenschaft

von Kai Gehring MdB im Plenum des Deutschen Bundestages am 18.06.2009

Es gibt in hierzulande zu wenige Forscherinnen und Forscher und zu wenige junge Menschen, die sich für eine Karriere in der Wissenschaft entscheiden. Die Ursachen sind vielschichtig; sie reichen bis in die früheste Kindheit zurück: Kinder und Jugendliche werden noch immer zu selten individuell gefördert, Potenziale oftmals vergeudet, anstatt ihren Forschungsdrang und ihre Neugierde von Anfang an zu wecken.

Neben Reformen im Kita- und Schulbereich müssen die vielen zusätzlichen Studienberechtigten der nächsten Jahre tatsächlich einen Platz im Hörsaal finden. Wie sollen die Talente von Zehntausenden Studienberechtigten gefördert werden, wenn sie es nicht einmal auf den Uni-Campus schaffen, sondern vor verschlossenen Hörsaal Türen stehen bleiben? Im Vereinbarungsentwurf zum Hochschulpaket II werden jedenfalls leider die Fehler wiederholt, an denen schon der Vorgängerpakt krankte. Was den wissenschaftlichen Nachwuchs angeht, glänzten die Regierungsfractionen lange Zeit mit Passivität. Die Wahlperiode liegt in den letzten Zügen, da fällt Ihnen ein, etwas zum wissenschaftlichen Nachwuchs zu Papier zu bringen. In Ihrem Koalitionsantrag listen Sie die zentralen Problembereiche und unkonkrete Forderungen auf. Ihre reale Politik wird dadurch konterkariert: Sie fordern den Bund auf, die Länder in ihren Bemühungen um bessere Lehre zu unterstützen. Der Hochschulpaket leistet genau das nicht, sondern schafft allenfalls Billigstudienplätze. Auch sollen Exzellenzinitiative, Forschungspakt für Forschung und Innovation und der Hochschulpaket II für die Frauenförderung und zur Stärkung der Juniorprofessur genutzt werden. All das findet aber nicht statt. Beim Koalitionsantrag stand offenbar der Gedanke im Vordergrund: Wenn schon alle Oppositionsfractionen was gemacht haben, will man sich keine Leerstelle erlauben. Doch genau das kennzeichnet Ihre Politik zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses.

Wir Grünen wollen Wissenschaft als Beruf attraktiver machen und den wissenschaftlichen Nachwuchs besser unterstützen. Vier Kernpunkte möchte ich nennen, auf die sich die Bundesregierung mit den Ländern und diese mit den Hochschulen einigen müssen.

Erstens. Es müssen mehr Promotionsstellen und Graduiertenkollegs geschaffen werden. Daneben muss für Promovierende mit Stipendien die Anbindung an Hochschulen und Forschungseinrichtungen erleichtert werden.

Zweitens. Es muss mehr für die Verbreitung der Juniorprofessur getan werden. Von Beginn an müssen klare Bedingungen für die weitere Karriereplanung feststehen. Dazu soll von den Ländern eine dem angelsächsischen „tenure track“ entsprechende Planbarkeit der Karriereschritte geschaffen werden. Wo die Habilitation als Qualifikationsweg bestehen bleibt, muss gewährleistet sein, dass sie in größerer wissenschaftlicher Unabhängigkeit als bisher erfolgen kann.

Drittens. Die Gleichstellung der Geschlechter muss umfassend durchgesetzt werden. Mit dem Professorinnenprogramm allein ist bei weitem nicht alles Mögliche und Notwendige für mehr Chancengerechtigkeit für Frauen getan. Wir fordern, dass sich Hochschulen und Wis-

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin • ☎ (030) 227 – 74501 • 📠 (030) 227 – 76642

✉ Kai.Gehring@bundestag.de

Wahlkreisbüro: Limbecker Straße 48-50 • 45127 Essen • ☎ (0201) 269 8200 • 📠 (0201) 269 8249

✉ Kai.Gehring@wk.bundestag.de



Kai Gehring

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher für Jugend- und Hochschulpolitik

senschaftseinrichtungen zu messbaren und realistischen Steigerungsquoten des Frauenanteils verpflichten, und wollen unser grünes Kaskadenmodell zur Gleichstellung umsetzen. In Bremen wurde auf grüne Initiative hin vor kurzem ein 40-Prozent-Ziel beschlossen. Das ist ein echter Meilenstein.

Viertens. Unsere Hochschulen müssen endlich familienfreundlicher werden, damit sich Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler nicht länger zwischen Kind und wissenschaftlicher Karriere entscheiden müssen, sondern beides gut miteinander vereinbaren können.

Hochschulpakt, Exzellenzinitiative und Pakt für Forschung und Innovation wären eine Chance gewesen, mehr Stellen für den wissenschaftlichen Nachwuchs zu schaffen und zu sichern. So weitsichtig zu denken, sah sich die Bundesregierung wohl nicht in der Lage. Anstatt den Hochschulpakt gleich bis 2020 zu beschließen, endet die zweite Paktphase bereits Ende 2015. Die Hochschulen brauchen jedoch dringend Planungssicherheit, um Nachwuchsforscher sowie Professorinnen und Professoren einstellen zu können. Mit diesem Kurzsichtpakt hat die Bundesregierung diese Chance vertan und leistet auch durch das Wissenschaftszeitvertragsgesetz ganz bewusst einen Beitrag für den Aufbau unsicherer, prekärer Arbeitsplätze, anstatt sie mit Karriereperspektiven auszustatten. Bei der Exzellenzinitiative zeichnet sich ab, dass aufgrund befristeter Stellen und schlechter Bezahlung die Talente eher in die Wirtschaft gehen oder ins Ausland abwandern.

Das zeigt: Gute Arbeitsbedingungen hierzulande entscheiden darüber, ob wissenschaftliche Nachwuchskräfte im Inland bleiben oder nach Auslandsaufenthalten wieder zurückkehren. Deswegen brauchen wir einen Wissenschaftstarifvertrag, der Wissenschaft in Deutschland international wettbewerbsfähig macht. Die Regierungskoalition dagegen hat mit ihrem Wissenschaftszeitvertragsgesetz für viele Wissenschaftler in Deutschland die unbefristete Befristung eingeführt. Wir wollen klare Regeln für ein wissenschaftsspezifisches Befristungs- und Kündigungsrecht schaffen, wobei Befristung eine Ausnahme und nicht die Regel für alle sein soll. Die Bedingungen müssen stimmen, damit sich genügend Hochqualifizierte – ob zugewandert oder nicht – für ein Leben und Arbeiten in Deutschland entscheiden.

Dieser Bundesregierung hat es am klaren Willen und beherzten Handeln gefehlt, solche wissenschaftsfreundlichen Bedingungen zu schaffen.